

Maaßen und die Hetze

Zu: „CDU reagiert kühl auf Maaßens Rückzug“, FR-Politik vom 27. August

Die Nachricht von abgesprochenen Hetzjagden in Chemnitz müsste jetzt die Konsequenz nach sich ziehen, dass Herr Maaßens Position in der Öffentlichkeit solange überschattet ist, wie er seinen wiederholten Irrtum vom letzten Jahr nicht eingesteht. Er verbreitete ziemlich genau vor einem Jahr, es bleibe dabei, es habe keine Hetzjagd in Chemnitz gegeben. Inzwischen arbeitet er auf eine Zusammenarbeit der Union mit der AfD hin. Die Feinde des demokratischen Zusammenlebens hoffähig machen, das darf nicht geschehen. Bernhard Trautvetter, Essen

Diskussion: frblog.de/maassen-3

Rettung ist nötig

Zu: „Retter mit neuem Schiff im Mittelmeer“, FR-Politik vom 26.8.

In deutschen Küstengewässern retten Hauptamtliche und Freiwillige auf Booten der DGzRS Menschen: Kitesurfer, Paddler, Segler, Schwimmer, Luftmatratzenfahrer usw. Im Mittelmeer retten (zumeist) Freiwillige auf NGO-Schiffen Menschen, die sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Hände von Helfern (Schleppern?) begeben haben.

Die DGzRS-Retter haben es mit Menschen zu tun, die sich ohne jegliche Not(wendigkeit), sondern wegen ihres Freizeitvergnügens, auch aus Ignoranz oder Überschätzung eigener Fähigkeiten aufs Wasser (und in Gefahr) begaben, während die NGO-Geretteten sich zumeist ahnungslos den Gefahren des Wassers aussetzen. Gemeinsam ist Hoffnungsvollen und Leichtfertigen: Sie müssen gerettet werden. Dieter Hartwig, Kiel

Teurer Mut

Verkehrswende: „Mutig umsteuern“, FR-Wirtschaft vom 27. August

Es ist leicht gesagt, man solle „mutig“ auf die Bahn umsteigen. Beispiel: Heute erfahren wir (Rentner-Ehepaar über 70) das wir morgen plötzlich in Hamburg sein müssen. Der Blick auf die Internetseite der Bahn (Sparpreisfinder) gibt uns den Gesamt-Sparpreis Hin- und Rückfahrt für zwei Personen ohne BahnCard an: 422 Euro in der zweiten Klasse. Fahrzeit: knapp sechs Stunden. Die Fahrt mit dem Pkw dauert – bei sparsamer Fahrweise – rund sechs Stunden und kostet uns knapp 100 Euro für Hin- und Rückfahrt. Was denken Sie, wie wir uns entschieden haben? Gert Gätke, Weilrod



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel spricht und diskutiert zum Thema „Diskriminierung durch Sprache“. Eine Veranstaltung der Philipp-Kraft-Stiftung.

Mittwoch, 4. September, 19.30 Uhr
Mediathek, Rheingauer Str. 28, Eltville

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

Donnerstag, 5. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Demokratie herausgefordert – Werden die Wahlen im Osten zum Triumph für Rechtsaußen?“ Mit Anna Spangenberg (Mit-herausgeberin der „Generation Hoyerswerda“), Kerstin Köditz (MdL Sachsen, Linke), Daniel Mullis (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) und Stephan Hebel (FR).

Freitag, 6. September, 19 Uhr,
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Katja Thorwarth berichtet über Geschichte und politische Instrumentalisierung von Orten in Frankfurt, die als „rechte Räume“ umkämpft waren oder sind. „Rechte Räume“ ist auch die Überschrift für diese beiden Stadtpaziergänge, zu denen auch andere Experten Vorträge beisteuern.

Samstag, 7. September, 14 Uhr
Sonntag, 8. September, 11 Uhr
Mousonturm (Treffpunkt),
Waldschmidtstraße 4, Frankfurt

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Katholisch sein in der Krise – Welche Reformen braucht die Kirche?“ mit Jesuitenpater Dr. Klaus Mertes.
Sonntag, 8. September, 14 Uhr,
Kreuzburghalle, Wilhelm-Leuschner-Straße 50, Hainburg

Spielraum für vernünftige Investitionen

Zu: „SPD kündigt Pläne zur Vermögenssteuer an“ und „Das richtige Maß“, FR-Politik vom 24.8. und -Meinung vom 27.8.

Den Plänen der SPD ist Erfolg zu wünschen

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer – wie sie die SPD fordert – ist auch grundgesetzlich geboten. Klar bestimmt die Hessische Verfassung in Artikel 47: „Das Vermögen und das Einkommen sind progressiv nach sozialen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert.“ Eine Schonung des Vermögens bezieht sich dabei lediglich auf „erarbeitetes“ Vermögen. Der aktuelle SPD-Vorstoß ist deshalb sozialstaatlich geboten und lange überfällig, weil die Vermögensteuer – trotz eines vollgültigen Bundesgesetzes (Vermögenssteuergesetz) seit knapp einem Vierteljahrhundert nicht mehr erhoben wird. Diese „stille Subvention“ der (Super-)Reichen dürfte schon jetzt erheblich über 100 Milliarden Euro liegen.

Natürlich stellt sich auch die verfassungsrechtlich interessante Frage, warum seit einem Vierteljahrhundert noch keine Bundesregierung sich bemüht hat, die Vermögensteuer grundgesetzkonform auszugestalten. So muss der „Grundbesitz“ in etwa mit dem Verkehrswert erfasst werden, was aktuell mit der Übernahme der gesetzlichen Regelungen für Zwecke der Erbschaftsteuer quasi steuervereinfachend zu bewerkstelligen wäre.

Die SPD könnte die Wiedererhebung der Vermögensteuer auch zu einem Thema der Groko machen! Die SPD-Vorstöße kommen zu einem Zeitpunkt, in dem sich die SPD als Partei in einer – vorsichtig ausgedrückt – schwierigen Lage befindet. Sie muss auch neben ihren konzeptionellen Überlegungen zur Vermögensteuer auch eine „realpolitische Umsetzungsstrategie“ vorlegen, da die starken und mächtigen Gegner einer wiederzuerhebenden Vermögensteuer sich schon jetzt wirkungsvoll in Stellung bringen.

Warum die „wiedererhobene Vermögensteuer“ nicht schon lange politischer Gegenstand der drei ostdeutschen Landtagswahlkämpfe sind, erstaunt dann doch. Die Partei „Die Linke“ könnte sich damit sozialpolitisch-kämpferisch klar gegen die AfD positionieren und der SPD jeder erdenkbare Unterstützung anbieten.

Die wiedererhobene Vermögensteuer würde den deutschen Bundesländern Spielraum für vernünftige sozialökologische Investitionen eröffnen. Allein schon deshalb ist der sozial ausgestalteten Vermögensteuer und der SPD der größte Erfolg zu wünschen!

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

Ungleichverteilung gefährdet die Demokratie

Oft wird gefragt: wieso Multimillionäre und Milliardäre denn immer noch mehr wollen? Das kann man ja in Generationen nicht verbrauchen. Das stimmt natürlich, in dieser Hinsicht bringt ein Mehr keinerlei zusätzlichen Nutzen. Aber je größer die Vermögen, desto größer sind Macht und Einfluss. In dieser Hinsicht gibt es wohl keine Sättigungsgrenze. Damit wird aber nicht nur die extreme Ungleichverteilung zum Problem und mit Recht Gegenstand der Debatte, sondern mit diesen riesigen Vermögen in privater Hand steht unsere Demokratie in Frage. Diesen Aspekt vermissen ich in der Debatte. Der Demokratie, in der alle Macht vom Volke ausgeht, nähern wir uns in dem Maße an, in dem alle in möglichst gleichem Maße an der Volkssouveränität partizipieren. Deshalb ist die Macht des Stärkeren ein grundsätzlich antidemokratisches Konzept, nicht nur wenn sie auf physischer Gewalt beruht, sondern auch wenn sie in ökonomischer Macht begründet ist. Diesen für unsere gesamte Verfassung fundamentalen Gesichtspunkt, halte ich für

noch bedeutsamer als die wichtige Gerechtigkeitsfrage. Die Demokratiefrage würde auch den notorischen Versuchen, diese Gerechtigkeitsdebatte als „Neiddebatte“ zu diskreditieren, den Boden entziehen. „Wir müssen eine Wahl treffen. Wir können eine Demokratie haben, oder wir können eine Konzentration von Reichtum in den Händen einiger weniger haben, aber wir können nicht beides haben.“ (Louis Brandeis, Richter am obersten Gerichtshof der USA 1916 bis 1939) Karl Höhn, Frankfurt

Fairere Finanzierung des Sozialstaats

Der Leitartikel von Tobias Peter bringt es auf den Punkt. Denn eine Vermögenssteuer ergibt nur dann aus Sicht der SPD wirklich einen strategischen Sinn, wenn man sie programmatisch in eine große Steuerreform einbettet, bei der im Gegenzug die Arbeitnehmer entlastet werden. Schließlich würde ansonsten eher der negative Eindruck entstehen, dass der Staat trotz jahrelanger Rekordüberschüsse, in denen in sehr fahrlässiger Art und Weise gegenüber der jüngeren Generation vor allem unter Wolfgang Schäuble eigentlich nur der Stillstand verwaltet wurde, wie ein Nimmersatt seine Einnahmen für eigene Zwecke erhöhen will. Deshalb tut insbesondere Finanzminister Olaf Scholz nicht nur wegen seiner Kandidatur zum SPD-Vorsitz sehr gut daran, zügig einen Masterplan für eine fairere Finanzierung des Sozialstaates auszuarbeiten sowie ein Ende des öffentlichen Investitionsstaus, zumal die Sozialdemokraten gerade bei Letzterem angesichts der historisch niedrigen Zinsen mit einem umfangreichen Modernisierungsprogramm für Deutschland die Union beim Thema Wirtschaftskompetenz gewaltig in den Schatten stellen können! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Diskussion: frblog.de/vermoegen

Unverantwortliche Politikverweigerung

Umweltausschuss Frankfurt: „Das dicke Brett Klimaschutz“, FR-Regional vom 17. August

Mit der erneuten Verschiebung der Umweltausschuss-Anträge zu Glyphosat und Klimanotstand haben CDU und SPD eindrucksvoll bestätigt, dass diese Parteien absolut gar nichts von der sich bereits deutlich abzeichnenden Notstandslage verstanden haben.

Der CDU steht es frei, Anträge zu Glyphosat und zum eher symbolischen Antrag „Klimanotstand“ der Linken aus ideologischen Gründen bis zur nächsten Kommunalwahl 2021 zu verschieben. Aber gerade die Ausrufung eines „Klimanotstands“ soll der Bevölkerung aufzeigen, dass die Regierungskoalition den dramatischen Ernst der Lage erkannt hat und nun eine Reihe von klimaschutzwirksamen Maßnahmen mit beschlossenen Anträgen angeht.

Will denn die CDU bis zur nächsten Kommunalwahl sich

weiter selbst betrügen und mit engen Scheuklappen und ideologischer Verbohrtheit die unbequeme Wahrheit nicht sehen? Hat sie immer noch nicht begriffen, dass solche altbackenen Kindereien genau der Grund sind, warum „Fridays for Future“ und Umweltschutzverbände auf die Straße gehen und ihren Unmut im Umweltausschuss rauslassen?

In welche Ecke hat sich eigentlich die Frankfurter SPD verkrochen? Wer haut denn mal auf den Tisch und redet der CDU und ins Gewissen? Der Oberbürgermeister bestimmt nicht. Dieser hat trotz Zusage immer noch nicht mit dem breiten Bündnis von Klimaschutzorganisationen über die sich täglich zusitzende Lage gesprochen.

Weder das Heizkraftwerk West, die Straßenbahnen, unsere

Linienbusse, sämtliche Gebäude, im gesamten Kfz-/LKW-/Schiffsverkehr noch der Flughafen dürfen spätestens 2030 unsere Umwelt nicht mehr mit klimarelevanten Brennstoffen belasten und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden. Eine wahre Herkules-Aufgabe.

Früher und hoffentlich nicht zu spät, müssen die Frankfurter Bürger bei Nichterreichung der neuen CO₂-Zielmarke über Steuergelder den Schaden bezahlen, der durch die unverantwortliche Politikverweigerung täglich ansteigt. Schlimmstenfalls sprudelt kein Trinkwasser mehr in ausreichender Menge aus den Wasserhähnen und der finanzielle Haushalt wird gesprengt.

Wer zu spät kommt, den bestraft die Natur.

Jürgen Eiselt, Frankfurt